

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 03/2016

23. Jahrgang

19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. April 2016

Verwaltung ignoriert Uferweg-Beschluss

LINKE fordert „unverzögliche“ Realisierung des Uferweges Speicherstadt bis 2019

Potsdam und seine Uferwege. Da kämpft man mit viel finanziellem Einsatz bau- und verwaltungsrechtlich um öffentliche Uferwege am Griebnitzsee und am Groß Glienicker See, aber dort, wo das Eigentumsrecht klar für die Stadt spricht, wie in der Speicherstadt, dort ist Verzögern und Verschleppen angesagt.

Schon in das Uferwegekonzept 2001 schrieben die Stadtverordneten hinein, dass die öffentliche Zugänglichkeit der Uferzonen in der Landeshauptstadt weitestgehend erhalten werden soll. Schon im Masterplan für die Entwicklung der Speicherstadt war ein öffentlicher Uferweg vorgesehen. Das war 2008.

Der Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg nannte das Thema „Uferweg Speicherstadt“ dann auch als erneutes Beispiel, wie Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung von der Verwaltung ignoriert werden. Nachdem alle Hindernisse für die Einrichtung eines Uferweges über das Gelände des städtischen Wasserwerkes beseitigt wurden, sei eindeutig das Ziel formuliert worden, im Haushalt 2015/2016 die Realisierung vorzunehmen. Es habe die klare Zusage der Verwaltung gegeben, nach Klärung der Fördermittel die Eigenmittel in den Haushalt einzustellen. Das wäre also noch in diesem Jahr gewesen – eigentlich. Nun erfahre man nebenbei und aus der Presse, dass die Stadtverwal-

tung entgegen den Vorgaben der Stadtverordnetenversammlung die Absicht hat, den Uferweg am Wasserwerk in der Speicherstadt erst nach 2019 zu realisieren. So soll erst eine Förderung in zweiter Priorität im Stadt-Umland-Programm geprüft werden. Das widerspricht der Vorgabe, im Haushalt 2015/2016 die notwendige Finanzierung zu sichern.

Die Dringlichkeit eines Antrages der LINKEN für die März-SVV war abgelehnt worden. In der April-SVV wurde der Antrag, unverzüglich die notwendigen finanziellen Voraussetzungen für den Bau des Uferweges am Wasserwerk in der Leipziger Straße zu schaffen, in den Ausschuss für

Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und den Finanzausschuss überwiesen. Laut Antrag sollen Fördermittel beantragt und eine mögliche Vorfinanzierung durch die Stadt geprüft werden, damit der Uferweg bis 2019 begehbar ist.

„Wenn die Stadt hier, wo es um ein städtisches Grundstück geht, nicht zeigt, dass sie gewillt ist, für einen öffentlichen Uferweg zu sorgen, werden die teuren Bemühungen, Privateigentümer am Griebnitzsee und am Groß Glienicker See vom Vorrang des öffentlichen Interesses zu überzeugen, konterkariert“, so Hans-Jürgen Scharfenberg in der Begründung des Antrages...

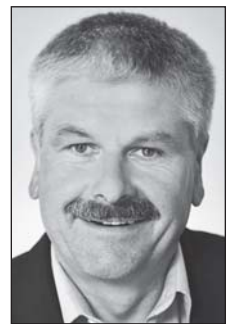


Der Uferweg endet jetzt am Wasserwerkzaun.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

vier Wochen nach dem von SPD, CDU, Grünen, Bürgerbündnis und AfD gefassten Beschluss zur Änderung der Sanierungsziele für den Neuen Lustgarten mit dem Abriss des Hotels „Mercure“ ging es in der Plenarsitzung mehrfach



um die weitere Gestaltung der Potsdamer Mitte. Während der Antrag der Linksfraktion zur Sicherung studentischen Lebens im historischen Stadtzentrum nach dem Wegzug der Fachhochschule sofort eine Mehrheit fand, wurde unser Vorstoß zur Beanstandung des Lustgartenbeschlusses vom März abgelehnt. Das war nicht völlig überraschend, denn es hätte ein völliges Umdenken und Einlenken der Rathauskooperation vorausgesetzt, wenn sie jetzt eine solche Aufforderung an den Oberbürgermeister unterstützt hätte. Insofern bestehen die von uns vorgetragenen rechtlichen Bedenken weiter. Da weder eine vertiefte rechtliche Prüfung noch eine Bürgerbefragung zum „Mercure“ gewollt war, bleibt jetzt nur noch das am 8. April gestartete Bürgerbegehren zur Potsdamer Mitte. Dafür gibt es die Formen der unmittelbaren Demokratie. Wer mit der Abrisspolitik des Oberbürgermeisters und seiner Rathauskooperation nicht einverstanden ist und sich für den Erhalt des „Mercure“ einsetzen will, sollte das Begehren unterschreiben. Jede Unterschrift zählt. Die Linksfraktion wird auch bei der noch vor der Sommerpause anstehenden Wahl von zwei Beigeordneten darauf achten, dass die Besetzung der wichtigen Bereiche Soziales und Stadtentwicklung im Interesse der Stadt entschieden wird und nicht im Sinne einer Selbstbedienungsmentalität der bürgerlichen Rathausmehrheit.

*Ihr
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

Bürgerbegehren von ganzem Herzen

Potsdam hat sich in den letzten Jahren in Sachen Bürgerbeteiligung einen sehr guten Ruf erarbeitet. In der wissenschaftlichen Diskussion zum Thema gilt Potsdam als Bürgerkommune beispielhaft, was Investitionsvolumen, Anzahl von Beteiligungsprozessen und Auswertung angeht. In keiner anderen Kommune wird dem derzeit in solcher Intensität nachgegangen. Leider sagen die Kategorien, unter denen dies gemessen wird, nichts über die Qualität von Bürgerbeteiligung aus. Weder hohe Investitionen, noch eine hohe Zahl an Beteiligungsverfahren sprechen dafür, dass diese Prozesse tatsächlich wirksam sind und sie Beteiligung im ebenso hohen Maße umsetzen. Seit Jahren wird beispielsweise kritisiert, dass der Bürgerhaushalt nicht direkt mit einem Budget unterlegt ist. Auch ist nicht garantiert, dass die Vorschläge, die beim Voten zum Bürgerhaushalt nach ganz vorn gewählt werden, auch tatsächlich umgesetzt werden müssen. Weiter gibt es in der Stadt Beteiligungsprozesse, die mit hohem Budget hinterlegt, kaum jemanden erreichen oder in ihrer Intention tatsächlich sinnvoll umsetzbar sind. Das Verfahren zum Lustgarten mit einem Budget von 600.000 Euro oder das Verfahren zur Zukunft der Garnisonkirche sind nur zwei aktuelle Beispiele dafür, wo die Qualität von Bürgerbeteiligung angezweifelt werden muss. Das in diesem Monat beginnende Verfahren eines Bürgerbegehrens zur Zukunft der Potsdamer Mitte könnte wegweisend sein, wie die Qualität von Beteiligungsprozessen und deren Effekte spürbar verbessert werden könnten. Wir unterstützen dieses Bürgerbegehren von ganzem Herzen und werden den politischen Umgang damit kritisch und leidenschaftlich begleiten.



Matthias Lack

Stelle für soziale Beiräte

Die Stelle des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen werde nicht reduziert, teilte Jann Jakobs auf die Frage von Jana Schulze mit. Sie hatte eine Mitteilung aus dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales wiedergegeben, nach der es hieß, dass es eine 10-Wochenstunden-Stelle im Beirat zu Lasten der Vollzeitstelle des Beauftragten geben sollte. Dies sei nicht so, versicherte Jakobs. Für 10 Wochenstunden sei aber schwer jemand zu finden und daher die Stelle noch nicht besetzt. Nun soll der Bedarf für Büroarbeit weiterer sozialer ehrenamtlicher Beiräte zusammengefasst werden, um die Stundenzahl zu erhöhen.

Bäume gefällt (1)

Entgegen den getroffenen Absprachen im Bauausschuss sind im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben an der Markthalle Breite Straße/Ecke Schopenhauer Straße wertvolle Bäume gefällt worden, hat Ralf Jäkel festgestellt. Er fragte: Aus welchem Grund ist die Fällung auf dem zu erhaltenden Grünstreifen genehmigt worden? Andreas Goetzmann räumte ein, dass in den Ausschüssen der Baumbestand eine Rolle gespielt habe, die Untere Naturschutzbehörde habe die Fällung nach der Baugenehmigung genehmigt (mit Ausnahme der Eiche an der Grundstücksgrenze zur Markthalle).

Auf die Nachfrage von Ralf Jäkel, ob denn der Wille des Ausschusses nicht ausreiche, antwortete Goetzmann, dass man diesen formulierten Willen dann in das Genehmigungsverfahren hätte einbeziehen müssen.

Bäume gefällt (2)

Da die Südspitze der Insel Hermannswerder ein geschütztes Biotop ist, muss sie von jeglicher Bebauung freigehalten werden, selbst die Anlage eines Uferweges wurde aus Naturschutzgründen verworfen, erinnert Ralf Jäkel. „Um so überraschender finde ich, dass in den letzten Wochen zahlreiche gesunde Bäume mit Stammumfängen größer als 30 cm im Bereich der Südspitze von Hermannswerder gefällt worden sind, wie an den Stubben unschwer zu erkennen ist.“ Er wollte wissen, wer diese Fällung zu verantworten hat.

Andreas Götzmann bestätigte die Fällungen, er habe sich vor Ort umgesehen, von den ca. 20 Bäumen seien etwa fünf mit größerem Stammumfang als 30 cm erkennbar. Es habe keine Genehmigung gegeben. Auf wessen Veranlassung hin die Bäume gefällt worden sind, müsse ermittelt werden. Er sagte zu, den Umweltausschuss über das Ergebnis zu informieren.

Finanzierung „Soziale Stadt“

Mit dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ unterstützt der Bund seit 1999 die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile. Städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastrukturausstattung und in die Qualität des Wohnens sorgen für mehr Generationengerechtigkeit sowie Familienfreundlichkeit im Quartier und verbessern die Chancen der dort Lebenden auf Teilhabe und Integration. Die städtische Ko-Finanzierung des Programms für den Stadtteil Am Schlaatz ist bis zum Jahr 2017 gegeben. Im Jahr 2018 sollen die letzten Mittel ausgezahlt werden. Danach stellt die Stadt Potsdam den Eigenanteil für das Bundesprogramm ein. Daher fragte Sascha Krämer: Sind Gespräche seitens der Stadtverwaltung über die Weiterführung der Co-Finanzierung des Programms „Soziale Stadt“ nach 2017, mit dem Bereich Stadterneuerung und dem Stadteirat Waldstadt/Schlaatz, geplant?

Andreas Goetzmann erläuterte, dass die Fördermittel im Programm „Soziale Stadt“ immer nur befristet und in der Laufzeit abnehmend genehmigt werden. Es sei gelungen, über 2017 hinaus noch die Finanzierung des 3. Bauabschnittes des Schulhofes Am Schilfhof von 300.000 Euro zu erhalten. „Wir gehen davon aus, dass die Förderung dann ausläuft.“ Vorwürfe, die Stadt verweigere die Ko-Finanzierung, wies er eindeutig zurück.

Postfiliale Am Schlaatz

Die Frage nach der ursprünglich für den 01. März 2016 angekündigten Neueinrichtung einer Postfiliale Am Schlaatz konnte der Oberbürgermeister gut gelaunt beantworten. Am 30. März sei sie nun im Erdgeschoss im Falkenhorst 14, in unmittelbarer Nähe der bisherigen Poststelle, eröffnet worden.

Zurückgestellt

Modellversuch Zeppelinstraße

Weil das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr fehlt, wurde der Antrag der LINKEN, den von der Rathauskooperation gefassten Beschluss zur Durchführung des Modellversuches zur Einengung der Zeppelinstraße zwischen Kastanienallee und Ge-



schwister-Scholl-Straße im Frühjahr/Sommer 2016 aufzuheben, zurückgestellt. Der Antrag von Hans-Jürgen Scharfenberg, ihn trotzdem zu debattieren, wurde mehrheitlich abgelehnt, obwohl definitiv feststeht, dass der Versuch erst 2017 gestartet werden kann.

Beschlossen

Streichung im Zukunftsprogramm

Eine der finanziellen Reserven für die Sicherung der Investitionen nach Schulentwicklungsplanung, die lt. Zukunftsprogramm 2019 beschlossen worden sind, sollte die Schließung der Kunstwerkstatt OST sein. Dagegen hat sich allerdings Widerstand formiert und es wurden zwischen den Akteuren und der Stadt Lösungsmöglichkeiten gefunden, die Kunstwerkstatt weiter zu betreiben. Nun wäre es an der Zeit, die Position „Schließung der Kunstwerkstatt OST“ im Zukunftsprogramm zu streichen, meinte die LINKE und legte einen entsprechenden Antrag vor. Der Kulturausschuss hatte den Antrag abgelehnt mit der Begründung, nicht bei jeder Veränderung könne man das Programm

ändern. „Die Ablehnung des Kulturausschusses sollte so nicht stehen bleiben“, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg, „wir verlangen die Streichung“. Nach mehreren Formulierungsvariantenvorschlägen, mit denen man die Streichung umgehen wollte, stimmte die Mehrheit für den Vorschlag der LINKEN, im 1. Satz festzustellen: „Die Kunstwerkstatt OST wird fortgeführt.“ Dann schließt sich der Gedanke an, dass im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Zukunftsprogramms 2019 die Streichung durch andere Maßnahmen zu ersetzen ist.

Sicherheit für Fußgänger in der Kiepenheuerstraße

Als Prüfauftrag wurde der Antrag der LINKEN beschlossen, inwieweit die Sicherheit der Fußgänger in der Kiepenheuerallee, die die Straße an der Ampelanlage Kiepenheuer-/Ecke Georg-Hermann-Allee überqueren, verbessert werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 04. Mai 2016 vorzustellen.

Studentisches Leben im Zentrum

Beschlossen in erster Lesung wurde der Antrag der LINKEN „Studentisches Leben im historischen Stadtzentrum sichern“. Mit der vollständigen Verlagerung der Fachhochschule ins Bornstedter Feld verlasse die letzte studentische Stätte das historische Stadtzentrum, stellte Hans-Jürgen Scharfenberg fest. Damit gehe ein wesentlicher Teil der Ausstrahlung Potsdams als Stadt der Wissenschaft verloren. Dem mehrheitlich beschlossenen Antrag zufolge sollen „Ankerpunkte für studentisches Leben und Wohnen im historischen Stadtzentrum“ geschaffen werden. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in Absprache mit der Universität Potsdam, der Fachhochschule Potsdam und der Filmuniversität in direktem Kontakt mit den Studierenden und dem Studentenwerk entsprechende Vorschläge zu entwickeln, die gegebenenfalls unter Einsatz des Treuhandvermögens realisiert werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2016 über den Stand der Überlegungen zu informieren.

Überwiesen

Skaterhalle in der RAW-Halle

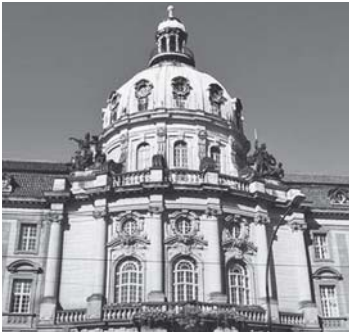
Schon vor zwei Jahren hatte die Fraktion der LINKEN mit einem Antrag versucht, ein neues Nutzungskonzept für die verfallende, denkmalwürdige RAW-Halle auf den Weg zu bringen. Das war abgelehnt worden. Fehlende finanzielle Mittel waren auch das Ergebnis eines Prüfauftrages für den Bau einer Skaterhalle, den die LINKE Anfang dieses Jahres initiiert hatte. Nun füge sich mit dem erneuten Antrag der LINKEN vielleicht beides zusammen. Da die Stadt sich nicht in der Lage sieht, eine Skaterhalle zu bauen, könne man die Sanierung der RAW-Halle mit einer teilweisen Nutzung für Fun-Sport und Einzelhandel voranbringen. DIE LINKE hatte Rederecht für Rico Abraham als Vertreter des Rollsportkollektivs Potsdam beantragt, der daran erinnerte, dass die Skaterhalle in der Kurfürstenstraße 2008 unter großem Protest der Nutzer geschlossen und 2009 abgerissen worden war und trotz politischer Zusicherungen bisher kein Ersatz geschaffen wurde. Der Antrag wurde in den Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und in den Ausschuss Bildung und Sport überwiesen.

Abgelehnt

Beanstandung des Beschlusses zur Änderung der Sanie- rungsziele Lustgarten

Dass der Beschluss zur Änderung der Sanierungsziele des Lustgartens vor allem dem Abriss des Mercure dient, ist unbestritten. Die LINKE hatte mit allen Möglichkeiten versucht, diesen Beschluss zu verhindern, war aber an der Rathauskooperation gescheitert. Nun forderte sie den Oberbürgermeister mit einem erneuten Antrag auf, den Beschluss formell zu beanstanden, „weil er verfristet gefasst und verfassungsrechtlich bedenklich ist“.

Hans-Jürgen Scharfenberg begründete, dass die Charakterisierung des „Mercure“ als „städtebaulichen Missstand“ lt. Baugesetzbuch nicht begründbar ist. Die Sanierungsmaßnahme habe mit der Neugestaltung des Lustgartens (im Zusammenhang mit der BUGA für 13 Millionen Mark) bereits die Frist lt. Baugesetzbuch von 15 Jahren überschritten. Die Mehrheit der Stadtverordneten folgten den Auslegungen Andreas Goetzmanns, der mit anderen Lesarten aus dem Baugesetzbuch argumentierte und lehnten den Antrag ab.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107;
Beginn jeweils 18 Uhr
18. und 25. April; 02., 09. und 23. Mai 2016

20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal
04. Mai 2016, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

08. Mai 2016, Beginn 10 Uhr
Burgstraße 20, Clubraum (7.Etage), 14469 Potsdam

Ausgabe des „Rathausreport“ Nummer 4/2016

Stadthaus, Raum 3.107
13. Mai und 17.; 18. Mai 2016

Info- Stände in den Stadtteilen:

13. und 14. Mai 2016
Mit Ausgabe des Rathausreport und Informationen zu den Ergebnissen der Stadtverordnetenversammlung am 04. Mai 2016

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender

Am 20. April 2016 ab 17 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39, Bürgerhaus Stern*Zeichen
Voranmeldungen sind möglich unter: Telefon: 0331-6005069 oder Email: buero.scharfenberg@gmx.de



Waldstadt III schaut über die Mauer

Alle Plätze sind besetzt beim Politfrühschoppen der LINKEN im Haus der Begegnung. Auf den Tischen liegen Unterschriftenlisten. Die Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“ hat vor zwei Tagen mit der Unterschriftensammlung begonnen. Natürlich unterstützt die LINKE diese Initiative, verlangt sie doch seit Jahren schon, die Potsdamer über die Zukunft des Hotels Mercure zu befragen. Hans-Jürgen Scharfenberg erklärt noch einmal: Wenn die 56 Stadtverordneten als Vertreter von 168000 Einwohnern gegen deren offensichtlichen Mehrheitswillen entscheiden, sieht die Kommunalverfassung die Möglichkeit eines Bürgerentscheides vor. „Wir haben als Fraktion der LINKEN versucht, mit den Möglichkeiten der Stadtverordnetenversammlung diesen Widerspruch zu lösen. Es ist uns nicht gelungen.“ Auch der Antrag in der letzten Stadtverordnetenversammlung, den Beschluss wegen baurechtlicher Verstöße zu kassieren, war abgelehnt worden. „Die Mehrheit im Rathaus ist nicht bereit, sich zu bewegen“, sagte Scharfenberg. Nun unterstützt die LINKE die Unterschriftensammlung an ihren Info-Ständen und bei ihren Veranstaltungen.

In einem weiteren Punkt setzte sich Scharfenberg mit der Rathauskooperation auseinander: Der Oberbürgermeister hatte in seinem monatlichen Bericht zur Neubesetzung der Beigeordnetenstellen informiert, dass 42 Bewerbungen für die Stelle der/des Sozial-

beigeordneten und 38 für die Stelle der/des Baubeigeordneten eingegangen seien – darunter jeweils die Fraktionsvorsitzenden der SPD und der Grünen, die sich in der Kooperationsvereinbarung über die Zugriffsrechte für die Beigeordnetenstellen geeinigt hatten. Die LINKE werde streng darauf achten, dass die Besetzung der wichtigen Ämter

ausschließlich nach objektiven fachlichen Gesichtspunkten erfolgt und die Stellenvergabe nicht als Treuebonus für Parteiämter verstanden wird.

Der Kiez Waldstadt kommt nicht zur Ruhe, seit kurzem erhebt sich hinter der Mauer zum ehemaligen Betonwerk das imposante Holzskelett einer großen Halle. Hier entsteht die Tennishalle des Tennisclubs Rot Weiß. Dessens erster Vorsitzende, Heinz-Hermann Schulte-Loh, war zum Frühschoppen gekommen, um über das Vorhaben zu informieren: Waldstadt III entsteht auf der Ostseite der Heinrich-Mann-Allee. Neben den 300 Wohnungen in zehn Blöcken und einem Kleingewerbezentrum nimmt einen wesentlichen Teil die Tennisanlage ein. „Wir geben eine der schönsten Tennisanlagen in Brandenburg auf“, sagte Schulte-Loh. Das traditionelle Gelände an der Heinrich-Mann-Allee beansprucht die Stadt für Schul- und Wohnungsbau. Die Tennishalle mit drei Plätzen baut der Verein, für das Funktionsgebäude mit öffentlicher Gaststätte und die zehn Freiluftplätze bekommt der Verein Zuschüsse von der Stadt. Die Halle soll schon für den Winterbetrieb dieses Jahres zur Verfügung stehen. Der Tennisclub Rot Weiß Potsdam hat derzeit 450 Mitglieder und ist mit 24 Mannschaften im Spielbetrieb. „Es wird eine offene Anlage sein, wir freuen uns über Besucher, Zuschauer und natürlich auch neue Mitglieder“, so Schulte-Loh.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam